

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP

EntschlieÙung zur Umsetzung von Beschlüssen der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz in Visby, Schweden, am 1. und 2. September 2008

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) in Visby am 2. September 2008 verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, den Beschlüssen der 17. BSPC sowie dem Ostseeaktionsplan der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) und seiner Umsetzung hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
3. Der Landtag ersucht den Erweiterten Ständigen Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz, sich während seiner Sitzung am 25. Februar 2009 in Brüssel vertieft mit der Thematik der Ostseestrategie - auf der Grundlage der vom Ständigen Ausschuss im Rahmen des öffentlichen Konsultationsverfahrens an die Europäischen Kommission bisher zugeleiteten Empfehlungen - zu befassen und die Ergebnisse dieser Beratung ebenso der KOM als ergänzende Stellungnahme zu übermitteln.
4. Der Landtag begrüÙt,
 - a) dass wesentliche vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern - im Rahmen des 6. Parlamentsforums Südliche Ostsee - initiierte Beschlüsse sowie Feststellungen und Handlungsempfehlungen in Bezug auf die Themenfelder „Energiepolitik unter besonderer Berücksichtigung erneuerbarer Energien und Auswirkungen auf den Klimawandel“ sowie „Integrierte maritime Politik unter besonderer Berücksichtigung der Eutrophierung und maritimen Sicherheit“ von der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz aufgegriffen worden sind und ihren Niederschlag in der Resolution gefunden haben und

- b) dass der Ständige Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat, sein Engagement bei der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei HELCOM fortzusetzen und wird die damit verbundenen Aufgaben aktiv wahrnehmen.
5. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge im Hinblick auf die Zusammenarbeit, den Klimawandel und die Energiefragen, den Ostseeaktionsplan und die integrierte Meerespolitik sowie den Arbeitsmarkt und soziale Angelegenheiten in der Ostseeregion einzusetzen, sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen und den Landtag über die Entwicklungen auf diesen Gebieten in der Ostseeregion sowie insbesondere den Stand der Umsetzung von Forderungen und Maßnahmenvorschlägen im Land entsprechend zu unterrichten.

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Dr. Armin Jäger und Fraktion

Prof. Dr. Wolfgang Methling und Fraktion

Michael Roolf und Fraktion

Begründung:

Vom 1. bis 2. September 2008 fand im schwedischen Visby die 17. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) statt. Rund 200 Teilnehmer, Delegierte nationaler und regionaler Parlamente aller Ostseeanrainerstaaten sowie Beobachter und Gäste, erörterten die Zusammenarbeit in der Ostseeregion, Klimawandel und Energiepolitik, maritime Politik sowie Arbeitsmarktfragen und Soziales. Darüber hinaus wurden Arbeitsberichte über die Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei HELCOM sowie zum Stand der Erörterungen der BSPC-Arbeitsgruppen „Klimawandel und Energieeffizienz“ sowie „Arbeitsmarktpolitik und Soziale Wohlfahrt“ diskutiert. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wurde durch Präsidentin Sylvia Bretschneider und die Abgeordneten Detlef Müller, Renate Holznagel, Birgit Schwebs und Sigrun Reese vertreten.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern konnte auf der Grundlage seiner Aktivitäten im Parlamentsforum Südliche Ostsee auch in diesem Jahr politische Handlungsempfehlungen gemeinsam mit Vertretern des Deutschen Bundestages, der Bürgerschaften Bremens und Hamburgs sowie des Schleswig-Holsteinischen Landtages einbringen, denen die Konferenz zugestimmt hat. Darüber hinaus wurde das Mandat des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zur Wahrnehmung des Beobachterstatus bei der Helsinki-Kommission (HELCOM) für ein weiteres Jahr verlängert. Ebenso wurde die Funktion von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider als HELCOM-Berichterstatlerin der BSPC durch den Ständigen Ausschuss bestätigt.

Als wichtig für den Energiebereich wurden die Empfehlungen deutscher Vertreter im Hinblick auf den Ersatz leistungsschwacher Windkraftanlagen an Land - das sogenannte „repowering“ - sowie der verstärkte Bau von „offshore“-Windkraftanlagen in der Resolution von der Konferenz unterstützt. Als wesentlich wurde auch der Ausbau von Leitungsnetzen zur Aufnahme von Windstrom erachtet, wobei insbesondere die Vernetzung von Hochspannungstrassen zur Herstellung der Versorgungssicherheit (Ost-West; Nord-Süd) in Europa zukünftig im politischen Fokus stehen muss.

Darüber hinaus unterstützt auch die Ostseeparlamentarierkonferenz nunmehr die Entwicklung eines europäischen Höchstspannungsgleichstromübertragungsnetzes zur Verknüpfung von Regionen, die im Norden Europas Strom aus Wasserkraft, im Süden Strom aus Solarenergie und im Westen Strom aus Gezeitenkraft produzieren. Ziel ist ein gesamteuropäischer Verbund mit möglichst geringen Übertragungsverlusten beim Stromtransport sowie die Verminderung von Schwankungen des Stromangebotes.

In Bezug auf die maritime Politik wurden die Anrainerstaaten aufgefordert, den HELCOM-Ostseeaktionsplan vorbehaltlos zu unterstützen, um die Reduktionsziele für Nährstoff- und Schadstoffeinleitungen in die Ostsee weiter zu reduzieren. Des Weiteren wurden ein Programm zur Entwicklung und Einführung eines satellitengestützten emissionsbezogenen Überwachungssystems für Schiffe sowie die schrittweise Einführung der Landstromversorgung von Schiffen, die in Häfen liegen, gefordert, um deren Schadstoffemissionen zu vermindern.

Im Hinblick auf eine bessere Zusammenarbeit in der Ostseeregion wurde die Entwicklung einer EU-Strategie als vorrangig angesehen, die mit den bestehenden Politiken und Kooperationsformen abgestimmt ist. Als wesentlich dabei wurden Maßnahmen für eine Stärkung des parlamentarischen Dialogs zwischen den Anrainerstaaten angesehen.

Hinsichtlich Arbeitsmarkt- und sozialer Fragen wurden klare und ausgewogene Regeln für die Mobilität von Arbeitskräften in der Ostseeregion eingefordert. Dabei soll das bereits bestehende Netz von Zentren, die über grenzüberschreitende Arbeitsmöglichkeiten informieren, ausgeweitet werden. Darüber hinaus wurde eine aktive Politik zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, zur Harmonisierung der Berufsbildungsmaßnahmen und zur Stärkung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern angemahnt.

Ausrichter und Gastgeber der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 30. August bis 1. September 2009 wird der Dänische Folketing sein.

Der aus der Anlage 1 ersichtlichen Resolution hat die Konferenz einvernehmlich entsprochen.

Konferenzöffnung

In seiner Begrüßung führte der schwedische Reichstagspräsident **Per Westerburg** aus, dass eine enge Kooperation wesentlich für das gedeihliche und friedliche Zusammenleben von Staaten sei. In diesem Zusammenhang verwies er auf die internationalen Auswirkungen des Georgienkonflikts. Als weiteren Schwerpunkt der künftigen Zusammenarbeit stellte er die Bedeutung des HELCOM-Ostseeaktionsplans im Rahmen des internationalen Meeresschutzes heraus, der auf eine ökologische Zustandsverbesserung der Ostsee abziele.

Als Regierungspräsidentin Gotlands unterstrich **Marianne Samuelsson** die besondere Bedeutung der Insel aus dem historischen Blickwinkel sowie der heutigen Zeit. Gotland fungiere als Zentrum für Inseltourismus und mit seiner hanseatischen und multikulturellen Geschichte als hervorragend geeigneter Austragungsort für internationale Konferenzen. Dafür sei eine gesunde Umwelt wichtigste Voraussetzung. Sie ergänzte, dass die Nutzung der Windenergie auf beispielhaft hohem Niveau sei und die Insel das baltische Hochspannungsnetz mit dem schwedischen verbinde. Sie resümierte, dass der Einsatz von Finanzmitteln im Umweltbereich für die Zukunft der Insel von entscheidender Bedeutung sei.

Als schwedisches Mitglied im Ständigen Ausschuss der BSPC fokussierte **Kent Olsson** die Problemlage der Ostsee auf den überhöhten Eintrag von Pflanzennährstoffen wie Stickstoff und Phosphat. Daraus resultiere eine starke Wassertrübung und am Meeresboden eine starke Sauerstoffzehrung, die weite Bereiche lebensfeindlich mache. Er erinnerte daran, dass die BSPC bereits im letzten Jahr Empfehlungen an die Regierungen zur Reduzierung der Eutrophierungsprobleme in der Ostseeregion verabschiedet habe, die in Teilen auch durch die Ostseestrategie abgedeckt seien. Er mahnte weiterhin eine engere Zusammenarbeit auf dem Energiesektor an und kündigte die Prioritäten der kommenden schwedischen Ratspräsidentschaft an: Umwelt, Wettbewerb sowie Bekämpfung der Kriminalität.

In einem verlesenen Grußwort von **Diana Wallis** konstatierte sie als Vertreterin des Europäischen Parlaments, dass die BSPC mit ihren Konferenzthemen, die aktuellen politischen Schwerpunkte der europäischen Ebene widerspiegeln. Insbesondere die Debatten um die Ostseepipeline zeigten ein hohes Maß an politischer Auseinandersetzung im Europäischen Parlament, auch von Staaten, die nicht der Ostseeregion angehörten. Sie bewertete die Energieversorgungssicherheit als geopolitisch elementar für die Union. Europa dürfe energiepolitisch nicht erpressbar werden und demzufolge müsse die Importabhängigkeit verringert werden.

Des Weiteren merkte sie an, dass insbesondere die maritime Politik nach der Verabschiedung des Grünbuchs „Die zukünftige maritime Politik der Europäischen Union“ in den Fokus der politischen Diskussion rücke.

1. Sitzungsabschnitt: Zusammenarbeit in der Ostseeregion

Als Vertreter des Ostseerates wertete Botschafter **Karsten Petersen** (Vors. des Ausschusses Hoher Beamter) die Zusammenarbeit unter den Ostseeanrainerstaaten im Rahmen der BSPC mit dem CBSS als Erfolgsgeschichte. Allerdings sei dabei zu berücksichtigen, dass viele der politischen Herausforderungen mittlerweile globalen Charakter hätten und die Zusammenarbeit mit den Interessenvertretern zu intensivieren sei. Der CBSS stelle sich dieser Erkenntnis und habe darauf mit einer Neuorganisation seiner Arbeitsstrukturen reagiert. Zukünftige Arbeitsschwerpunkte für die Entwicklung einer nachhaltigen Regionalpolitik seien die Bereiche Umwelt, Wirtschaftsentwicklung (insb. Wettbewerbsfähigkeit und Innovation), Energie, Bildung und Kultur sowie die Sicherheit von Bürgern. Er beurteilte den derzeitigen Zustand der Umwelt als Besorgnis erregend und als größte politische Herausforderung: Dies seien die Energieverschwendung, der maßlose Raubbau an Naturressourcen, der schlechte ökologische Zustand der Ostsee, die zunehmende Verschmutzung durch den Verkehrs- und Wirtschaftssektor sowie die regionalen Auswirkungen der globalen Erwärmung. Letztere seien nicht mehr zu vernachlässigen und würden aller Voraussicht nach bereits im Jahr 2100 deutlich spürbar. Er begrüßte im Weiteren die Ergebnisse der BSPC-Arbeitsgruppe „Energie und Klimawandel“, die im Übrigen in Übereinstimmung mit den Präferenzen der kommenden Präsidentschaft Dänemarks im CBSS stünden. Darüber hinaus forderte er mit Blick auf den Bologna-Prozess eine Harmonisierung der Bildungssysteme in der Ostseeregion, insbesondere zur Vermeidung von Hindernissen für die akademische Mobilität, sowie eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität. Seiner Auffassung nach könnte dies allein über die Europäische Union gelingen. Er unterstrich die Zufriedenheit der Regierungschefs während des Ostseerates in Riga über die erfolgreiche Entwicklung der Politik der Nördlichen Dimension sowie der Aufmerksamkeit der Union darüber. Kritisch äußerte er sich über die Vielzahl der in der Ostseeregion tätigen Institutionen, die unabhängig voneinander agierten. Hier halte er eine stärkere Koordination und Arbeitsteilung der Akteure für notwendig.

Als Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der BSPC fokussierte **Sinikka Bohlin** vom schwedischen Reichstag ihre Besorgnis über den ökologischen Zustand der Ostsee auf die landseitigen Schadstoffeinleitungen. Insbesondere die in der Landwirtschaft eingesetzten Düngemittel führten zum Absterben großer Meeresbereiche. Dies geschehe trotz des guten Bildungsstandes und Umweltbewusstseins der in der Ostseeregion lebenden Bevölkerung. Sie begrüßte die konkreten Forderungen der BSPC an die Regierungen der Anrainerstaaten, kritisierte aber gleichwohl die zögerliche Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen. Sie appellierte an alle Parlamentarier für die Resolution konkrete Empfehlungen einzubringen, um die eigene Arbeit zu erleichtern und den Regierungen klare Vorgaben zu geben. Darüber hinaus sei der Informationsaustausch zwischen den Ostseeanrainerstaaten zu verstärken, auch über die Politik der Nördlichen Dimension, die ebenso Nicht-EU-Mitglieder mit einbeziehe. Bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben sei zukünftig eine bessere Abstimmung erforderlich, um Doppelarbeit und zusätzliche Kosten zu vermeiden.

Als Berichterstatterin für den Themenbereich „Eutrophierung“ sowie Mitglied der Steuergruppe zur Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplanes (Implementation Group) erläuterte die finnische Abgeordnete **Christina Gestrin** dessen Zielstellungen und die Pflicht länderspezifische Reduktionsquoten beim Nährstoffeintrag in die Ostsee zu erreichen. Die Maßnahmenswerpunkte, für die die Regierungen der Anrainerstaaten bis 2010 nationale Umsetzungspläne vorzulegen hätten, bezögen sich auf die Bereiche Abwasserbehandlung, Verwendung phosphatfreier Detergentien, Einträge aus der Landwirtschaft und Tierproduktion sowie Verminderung des Düngemiteleinsatzes. Bei konkreten Maßnahmen habe man sich im Hinblick auf die Kosten-Nutzen-Relation auf Schwerpunkte (hot spots) zu konzentrieren. Des Weiteren verwies sie auf die negativen Auswirkungen der globalen Erwärmung, die zu Klimaverschiebungen führe sowie auf die negativen Auswirkungen des zunehmenden Seeverkehrs, insbesondere der von Öl- und Chemikalientransporten ausgehenden Gefahren. In Bezug auf ihre Nachfrage bei den nationalen BSPC-Mitgliedsparlamenten, wie die Anrainerstaaten den HELCOM-Ostseeaktionsplan umsetzen wollten, sei vielfach mitgeteilt worden, dass man sich an der Umsetzung aktiv beteiligen wolle. Allerdings sei zu berücksichtigen, dass man sich erst in der Anfangsphase der notwendigen Prozesse befände. Zu bemängeln sei jedoch, dass Parlamente zwar in die politischen Debatten einbezogen würden, jedoch im Parlament der Aktionsplan selbst nicht erörtert würde. Im Fortgang ihrer Ausführungen ging sie auf die Arbeit der Umsetzungsgruppe des Ostseeaktionsplanes ein. Abstimmungsprobleme gebe es im Hinblick auf die politische Bewertung der intensiven Tierproduktion, der Prioritätensetzung von Maßnahmen sowie der Aufgabenteilung. Zwar nähme die NEFCO (Nordic Environment Finance Co-operation) eine zentrale Rolle bei der Bereitstellung von Finanzmitteln ein, jedoch würden in erheblichem Ausmaß konkrete Projektbeschreibungen vermisst. Seitens des Nordischen Rates sei in diesem Zusammenhang vorgeschlagen worden, zusätzliche Fonds einzusetzen. Kritisch sehe sie auch, dass Vertreter in den Sitzungen der nationalen Delegationsleiter (HOD) sowie in den Sitzungen der Umsetzungsgruppe Aufgaben in Personalunion wahrnahmen, was die Arbeitseffektivität nachteilig beeinflusse. Man könne in einem Gremium nicht etwas anderes sagen als in einem anderen und dies als nationalen Standpunkt vertreten. Abschließend forderte sie, das nationale Engagement zur Umsetzung des Ostseeaktionsplanes zu verstärken. Dabei komme den Parlamenten eine wichtige Bedeutung zu, nämlich den politischen Druck auf die Regierungen zu verstärken.

Die sich anschließende Diskussion widmete sich hauptsächlich Fragen der Organisationsstruktur und Arbeitseffektivität der BSPC. Die norwegische Abgeordnete **Berit Brørby** forderte eine Erweiterung des Ständigen Ausschusses, in dem alle Mitgliedsparlamente vertreten sein sollten, um der politischen Arbeit der Konferenz ein höheres Gewicht zu verleihen und um die Umsetzung der Beschlüsse in den Anrainerstaaten besser zu kontrollieren. Der finnische Delegationsleiter **Kimmo Tiilikainen** berichtete, dass das finnische Parlament den Ostseeaktionsplan im Rahmen einer Sondersitzung erörtert und die Regierung dazu einen Bericht gegeben habe. Seiner Auffassung nach, haben von der diesjährigen BSPC zwei Botschaften auszugehen: die Umsetzung aller Segmente des Ostseeaktionsplanes und die Klimapolitik müssen zu einer Zustandsverbesserung der Ostsee führen. Dazu bedürfe es des politischen Drucks auf die Regierungen sowie konkreter Vorgaben. Die kommenden Klimakonferenzen in Poznan und Kopenhagen böten genügend Raum, Vereinbarungen zu treffen, um die Wirtschaft und Gesellschaften kohlenstoffarm umzugestalten. Sein Kollege **Antti Kaikonon** unterbreitete den Vorschlag, eine „Ostsee-Union“ zu begründen, um die Akteure besser als bisher einzubinden. Er sehe große Vorteile durch die Bündelung von Maßnahmen sowie die gleichberechtigte Einbeziehung Russlands, um effizienter zu arbeiten und ein positiveres politisches Klima herbeizuführen.

Folke Sjölund von den Åland-Inseln führte aus, dass sich die Wasserqualität der Ostsee in den vergangenen 10 Jahren dramatisch verschlechtert habe. Er postulierte, dass sauberes Wasser eine Frage des „Überlebens“ sei. Er forderte umfangreiche Maßnahmen ein, insbesondere eine konsequente Phosphat-Elimination und -Vermeidung. **Dr. Christel Happach-Kasan** vom Deutschen Bundestag verwies auf die komplexe Nutzung der Ostsee und auf konträre Interessenlagen zwischen einzelnen Anrainerstaaten. Sie sah im Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien ein wesentliches Ziel der politischen Bemühungen der Anrainerstaaten eine nachhaltige Energiewirtschaft zu begründen. Dazu gebe es bereits viele Vorarbeiten. Der stellvertretende polnische Umweltminister **Andrzej Jagusiewicz** erklärte, dass die bisher praktizierte Landwirtschaft in Polen zu Umweltproblemen führe, man aber intensiv an der Einbeziehung kleinerer Produktionseinheiten arbeite, um Umweltbelastungen zu verringern. Dazu gehöre auch eine Ausweitung und stringente Umsetzung des Kläranlagenprogramms der Republik Polen.

Als Vorsitzender der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation beendete **Asaf Hajiyyer** den ersten Sitzungsabschnitt mit einem Grußwort, das unter anderem auch die politische Situation in der Kaukasusregion aufgriff.

2. Sitzungsabschnitt: Klimawandel und Energieeffizienz

Der stellvertretende polnische Umweltminister **Andrzej Jagusiewicz** prangerte insbesondere die Energieverschwendung und Erwartungshaltung der Gesellschaft an. So gebe es vielfach eine nur unzureichende Wärmedämmung sowie höchst unterschiedliche Standards im Wohnungswesen in der Ostseeregion. Im Durchschnitt seien schwedische Häuser dreimal so gut gedämmt wie in Polen. Darüber hinaus würden Ressourcen auch durch die Konsumgesellschaft verschwendet. Er verdeutlichte dies am Beispiel der technischen Entwicklung im Bereich der Musikunterhaltungsindustrie: in einem kurzen Zeitraum von der Schallplatte über die magnetische Aufzeichnung bis hin zur digitalen Technik. Dies habe sich vielfach zu einer „Shopping-Manie“ entwickelt, sofern man immer dem neuesten technischen Trend nachkomme. Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft missachte die Folgekosten des ungebremsten Konsums, die Kosten würden externalisiert. Dieser Entwicklung könne man nur durch die Einführung nachhaltiger Strategien begegnen. Dazu zähle er den Entwurf eines schwedischen Vorschlages für die Ostseestrategie.

Johann-Marcus Carlsson-Reich von der Europäischen Kommission bewertete den Klimawandel als die größte globale Krise überhaupt. Der IPCC-Bericht konstatierte, dass menschliche Aktivitäten die Hauptursache des Klimawandels und umgehende Reaktionen erforderlich seien. Die Menschheit renne - seiner Meinung nach - „mit offenen Augen ihr Unglück“. Prognosen zufolge werden die Durchschnittstemperaturen weltweit zwischen 1,8 und 4,5 °C ansteigen, wobei sogar Spitzenwerte von 6,4 °C Temperaturanstieg auftreten könnten. Dürren und Überschwemmungen seien die unweigerliche Folge, die im Ergebnis zu enormen ökonomischen Schäden führen würden. Der STERN-Report prognostiziere klimabedingte Schadenssummen, die sich auf bis zu 25 % des Bruttoinlandsproduktes belaufen können. Es sei nunmehr Zeit zum Handeln, denn der Umbau zu kohlenstoffarmen Industriegesellschaften würde dagegen nur 1 % des Bruttoinlandsproduktes kosten. Das Verhältnis des Handelns und des Nicht-Handelns müsse zukünftig als wichtiger Maßstab bei der Bewertung von Maßnahmen berücksichtigt werden. Europa könne jedoch den Wandel nicht allein einleiten, dies müsse im internationalen Kontext geschehen.

Die Klimakonferenz auf Bali sei der Anfang für neue Verhandlungen gewesen, die EU könne als Modell für die gesamte Welt dienen. Europa solle seine Erwartungen für eine ambitionierte Klimapolitik noch vor der Konferenz in Poznan formulieren. Für ihn sei Innovation Ressourceneffizienz. Damit seien Kosteneinsparungen sowie eine bessere Gesundheit verbunden.

In der Diskussion kritisierte der luxemburgische Abgeordnete **Marcel Oberweis**, dass es hauptsächlich am Umsetzungswillen der Politik mangle. Es gebe oft genug nur hehre Versprechen, die nicht eingehalten würden. Darüber hinaus beklagte er, dass immer weniger junge Menschen technische und Ingenieursberufe ergreifen, die für den nachhaltigen Umbau der Industriegesellschaften notwendig seien. Wichtig sei es, das Bewusstsein junger Menschen zu schärfen. **Kurt Bodewig** vom Deutschen Bundestag ergänzte, dass zu berücksichtigen sei, dass technische Entwicklungen immer schneller vonstatten gingen und zu einem energiebewussten Handeln bei jüngeren Menschen führten.

Olgierd Geblewicz vom Sejmik der Woiwodschaft Westpommern erläuterte in seinem Vortrag die Ziele und Arbeitsweisen des Parlamentsforums Südliche Ostsee sowie die Ergebnisse des 6. Forums in Kolberg; insbesondere mit Bezug auf die wesentlichen Empfehlungen zum Thema „Energie“ (siehe Landtagsdrucksache 5/1571).

Mit Verweis auf den russischen „Tag des Wissens“ am 1. September bedauerte **Vantanyar Yagya**, dass die Umweltbildung nicht ausreichend sei. Das Konzept zur Außenpolitik des Russischen Staatspräsidenten Medwedjew vom 12. Juli 2008 sei beispielhaft und habe entsprechende Bezüge zu Bildungs- sowie Energie- und Umweltthemen. Er kritisierte, dass sich nicht alle Staaten an die im Kyoto-Protokoll und den Vereinbarungen von Bali aufgeführten Verpflichtungen hielten. Er erinnerte daran, dass auch Staaten wie die Ukraine und Weißrussland Verantwortung für die Situation der Ostsee hätten, da sie in deren Wassereinzugsbereich lägen. Diesbezüglich unterbreitete er den Vorschlag, die Kontakte der BSPC auf diese Staaten offiziell auszudehnen, auch wenn dies manchen politisch nicht opportun erscheine. **Manfred Ritzek** vom Schleswig-Holsteinischen Landtag forderte von der Konferenz präzise Empfehlungen an die Regierungen in der Resolution zu formulieren. Er schlug vor, in Häfen liegende Seeschiffe mit Landstrom zu versorgen, um so die Emissionen von Luftschadstoffen zu reduzieren. **Gediminas Jkavonis** vom Europarat sprach die von versenkten chemischen Kampfstoffen aus dem 2. Weltkrieg ausgehenden Gefahren an. Er monierte, dass die Resolution keine entsprechenden Empfehlungen ausweise, wie sie derzeit auf europäischer Ebene diskutiert würden. Rund 80 % dieser militärischen Altlasten lägen in einem begrenzten Gebiet, nur könne man die Verklappungsgebiete nicht genau lokalisieren. Die Korrosion dieser Munition führe zu einer stetigen Kontamination des Wassers durch Giftstoffe. **Sinikka Bohlin** führte die zunehmenden Abfallmengen auf den steigenden Konsum der Bevölkerung zurück. Reststoffe seien stofflich und energetisch zu verwerten.

Mart Jüssi (Estland) berichtete als Vorsitzender der BSPC-Arbeitsgruppe „Energie und Klimawandel“ über deren Ziele sowie über die Ergebnisse der bisherigen Beratungen. In den Diskussionen stünden vor allem die Effizienz sowie die Abhängigkeit der Volkswirtschaften von fossilen Energieträgern im Vordergrund. Um dies zu vermindern, seien internationale Finanzinstrumente zu nutzen. Darüber hinaus müsse die BSPC politische Prozesse stärker beeinflussen. Daher wolle man enger mit BASREC (Baltic Sea Region Energy Co-operation des CBSS) zusammenarbeiten und dort während der Dezembersitzung 2008 Empfehlungen der BSPC als Beitrag zur Ostseestrategie einbringen. Eine erste Präsentation der Ergebnisse solle im Rahmen des Baltic Development Forums Anfang Dezember erfolgen.

Ein **Vertreter des Baltic Sea Forums** empfahl eine stärkere Einbindung von Nicht-regierungsorganisationen, um auf die langfristige Meinungsbildung der Öffentlichkeit stärkeren Einfluss zu nehmen. **Dr. Christel Happach-Kasan** vom Deutschen Bundestag merkte an, dass Energiefragen auch stets soziale Fragen seien, die es zu berücksichtigen gelte. Ärmere Bevölkerungsschichten würden durch steigende Energiepreise besonders belastet. Nahezu 75 % regenerativer Energien entfielen zurzeit auf die Nutzung von Biomasse; vorwiegend Holz. Bundestagsabgeordneter **Kurt Bodewig** unterstrich die Notwendigkeit, mehr Finanzmittel für die Forschung auf diesem Gebiet einzusetzen. Darüber hinaus seien fiskalische Anreizsysteme zu entwickeln, damit Energiesparmaßnahmen von der Bevölkerung stärker als bisher angenommen würden. Energieeffizienz sei ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg.

3. Sitzungsabschnitt: Energieangebot und Versorgungssicherheit

Der Präsident des Nordischen Rates und frühere Außenminister Finnlands, **Erkki Tuomioja**, stellte die Klimaerwärmung als das größte globale Sicherheitsrisiko heraus. Ein besonders ernstes Problem stelle die Energieverschwendung dar. Die Nutzung der Kernenergie bewertete er als Zwischenlösung, weil die Entsorgung nuklearer Abfälle nicht geregelt sei. Er forderte im Weiteren zu stärkeren Investitionen im Bereich von Energieeinsparmaßnahmen auf, da moderne Industriegesellschaften in allen Bereichen vom stetigen Energiefluss abhängig seien. Daher sei eine intensive multilaterale Zusammenarbeit das Einzige, um politische Abhängigkeiten sowie die vom Terrorismus ausgehenden Gefahren zu reduzieren. Er kritisierte auch, dass die Industriestaaten in der Vergangenheit diese Probleme verdrängt hätten, weil jederzeit günstige Energie geliefert worden sei. Auch von Staaten, deren Regierungen nicht vom westlichen Demokratiemuster geprägt seien, wie beispielsweise Russland, Irak, Iran und Libyen. Ölreichtum sei in der Regel nicht mit nachhaltiger Wirtschaft verbunden. Allerdings sehe er in der Ostseepipeline, die die Gasversorgung Mitteleuropas mittelfristig sicherstellen solle, keine Gefahr. Zwar sei deren Bau insbesondere mit Umweltproblemen behaftet, jedoch sei der Pipelinetransport weniger risikoreich als der Transport durch Schiffe. Gegen den Pipelinebau sei nichts einzuwenden, sofern die Kriterien der ESPOO-Konvention berücksichtigt würden. Mit Blick auf die Osteuropäischen Staaten wandte er sich auch gegen eine politisch motivierte Subventionierung von Gas und Öl. Diese führe zur weiteren Abhängigkeit und zur Energieverschwendung. Eine sichere Energieversorgung könne nur durch Vertragseinhaltung, Markttransparenz sowie Rechtssicherheit gewährleistet werden. Jedoch funktioniere das Binnenmarktprinzip im Energiebereich nicht wie allgemein erwünscht.

Der russische Duma-Abgeordnete **Georgy Leontiev** kritisierte, dass weltweit immer mehr Energieträger abgefordert und diese zum Teil als Staatsreserven angelegt würden. Durchschnittlich betrage die Reserve 1, 8 t Energieäquivalente pro Kopf weltweit: 0,8 t in Afrika, 8 t in den USA sowie 3,7 t in Europa. Würden weltweit Reserven wie in Europa angelegt, müsse die Bereitstellung an Energieträgern verdoppelt werden. Dadurch steige der Ölpreis enorm. Dies habe zur Folge, dass kleine Staaten auf der Strecke blieben. Die Wettbewerbsfähigkeit könne nur durch große zwischenstaatliche Lösungen gewährleistet werden. Hier müsse Europa aktiver agieren, längerfristige Partnerschaften eingehen und strategisch entwickeln, denn der Finanzmarkt bestimme die Energiepreise stärker als andere Faktoren. Daher seien Investitionen in die Erschließung weiterer Öl- und Gasfelder notwendig. Zwar habe Russland seine Kohlendioxidemissionen verringert, jedoch stiegen die Emissionen asiatischer Boom-Staaten wie China und Indien.

Russland verfolge das Ziel, seine Stromproduktion zu verdoppeln und versuche dies durch den Ausbau der Nutzung der Kernenergie - unter anderem durch den Einsatz „Schneller Brüter“ - zu erreichen. Ein großes Energieeinsparpotenzial solle durch staatliche Programme auf kommunaler Ebene erschlossen werden, wobei insbesondere das Bewusstsein der Bevölkerung zur Energieeinsparung geschärft werden müsse. Darüber hinaus sollen die Schadstoffemissionen durch die Nutzung emissionsärmerer Energieträger reduziert werden. Das heiße letztlich, dass auch in Russland Öl durch Erdgas substituiert werden solle.

Als Präsident der Delegation Murmansk verwies **Evgeny Nikora** während der Diskussion auf die Besorgnis erregende Entwicklung, dass sich die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und der EU verschlechterten und dass der Zugang Russlands zu moderner Technik erschwert werde. Diesbezüglich müsse Russland von Europa mehr Hilfe erhalten, gerade wenn es um die Nutzung erneuerbarer Energien gehe. Er kritisierte, dass GAZPROM eine Strategie der Nicht-Transparenz verfolge.

Als vom Ständigen Politischen Ausschuss der BSPC mit der Wahrnehmung des Beobachterstatus der Helsinkikommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) beauftragtes Mitglied unterrichtete Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** die Konferenzteilnehmer über die Ergebnisse der Sitzungen der nationalen Delegationsleiter sowie den Stand der Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplanes, den Planungsstand der Ostseegaspipeline und der damit verbundenen Umweltverträglichkeitsprüfungen gemäß der ESPOO-Konvention sowie über Entwicklungen im Bereich der maritimen Sicherheit. In Bezug auf die schleppende Umsetzung des Ostseeaktionsplanes kritisierte sie, dass die unterschiedlichen nationalen Interessen einiger Anrainerstaaten stärker auf die Bereiche Landwirtschaft, Fischerei und Seeverkehr als auf den Meeresschutz ausgerichtet seien. In Bezug auf die maritime Sicherheit konstatierte sie, dass die Ostsee in den vergangenen Jahren sicherer geworden sei, auch wenn noch nicht alles Wünschenswerte erreicht worden sei. Verantwortlich dafür seien die bisher eingeleiteten Maßnahmen, wie der Ausbau der Tiefwasserwege, technische Maßnahmen zur Überwachung und vor allem die in der HELCOM-Kopenhagen-Deklaration von 2001 aufgeführten Maßnahmen. Unabhängig davon gebe es jedoch noch weitere Handlungsfelder auf denen man politisch aktiv sein müsse, wie bei der Ausweisung von Notliegeplätzen, der Bereitstellung von Notfallkapazitäten sowie bei Emissionen aus dem Schiffsbetrieb. Sie appellierte abschließend an die Konferenzteilnehmer, ihre Regierungen aufzufordern, alle Segmente des Ostseeaktionsplanes uneingeschränkt zu unterstützen und ihre Bemühungen dahingehend zu verstärken, dass die Ostsee international als Sonderzone für die Nutzung schwefelarmer Treibstoffe ausgewiesen wird.

In der sich anschließenden Diskussion ging es im Wesentlichen um die Bewertung, ob die Ostsee unter Berücksichtigung des zunehmenden Seeverkehrs sicherer und der Schiffsbetrieb umweltverträglicher geworden sei. Landtagsvizepräsidentin **Renate Holznagel** verdeutlichte am Beispiel des Seehafens Rostock, wie neue Navigationstechniken und wissenschaftliche Dienstleister die maritime Sicherheit weiter verbessern könnten. Schon vor der Einführung des Satellitennavigationssystems GALILEO werde Anwendern in Rostock eine technische Infrastruktur zur Verfügung gestellt, die sowohl mit dem amerikanischen GPS als auch mit dem russischen GLONASS funktioniere. Mit dieser Technik könnten Schiffe im Hafen zentimetergenau navigiert werden, wodurch deren Betrieb sicherer und treibstoffeffizienter werde. Einer solchen Technik könne jedoch nur zum Durchbruch verholfen werden, wenn sich möglichst viele daran beteiligten. Vor diesem Hintergrund wolle sie um Partner werben.

Als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeitsmarktpolitik und Soziale Wohlfahrt berichtete **Franz Thönnies** über die bisherigen Beratungen und erzielten Ergebnisse. Schwerpunktthemen waren die Situation der Grenzpendler sowie Jugendarbeitslosigkeit. Er resümierte, dass in den letzten Jahren die Zahl der Menschen, die täglich oder wöchentlich grenzüberschreitend pendelten, seit einigen Jahren zunehme. Mittlerweile gebe es zwischen 65.000 und 80.000 Grenzpendler, wobei die Hauptströme wie folgt verteilt seien: Schweden/Norwegen, Estland/Finnland, Schweden/Dänemark, Deutschland/Dänemark und Russland/Finnland. Die Gründe dafür seien hauptsächlich der EU-Binnenmarkt, Freizügigkeit, Arbeitslosigkeit und vor allem bessere Verdienstmöglichkeiten sowie soziale Absicherung im Nachbarland. Arbeitssuchende könnten sich über Informationszentren/-büros und spezielle Projekte informieren. Allerdings gebe es im Süden und Osten der Ostseeregion nur wenige institutionalisierte Informationsangebote. Hier stünden allein der EURES-Service der EU sowie spezielle EU-Projekte zur Verfügung. Mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit führte er aus, dass diese erheblichen Schwankungen (Litauen 8,3 %, Russland 28,1 %) unterliege, in Deutschland betrage sie 10,2 %. Um diesem Problem zu begegnen, seien Jugendliche bereits früh zu qualifizieren und über Arbeitsmöglichkeiten zu informieren. Besonders wichtig sei es, Jugendlichen einen qualifizierten Schul- und Berufsabschluss zu ermöglichen, wobei auch junge Immigranten zu berücksichtigen seien.

Im Rahmen der Schlussdiskussion über die Resolution wurden die mit dem Bau der Ostseegaspipeline verbundenen Probleme und politischen Auffassungen kontrovers erörtert, obwohl dieses Thema nicht explizit auf der Tagesordnung stand, weil dazu sowohl 2007 als auch 2006 (noch immer geltende Beschlüsse) gefasst worden sind. Dies hatte am Ende der Konferenz fast zu einem Eklat geführt, nämlich, dass die BSPP keine Resolution hätte verabschieden können. Polnische Parlamentsvertreter hatten versucht, die vom Europäischen Parlament verabschiedete Entschließung in Richtung der von polnischer Seite vorbereiteten früheren Entwurfsfassung wieder zu verändern, was letztlich nicht gelungen ist. Sowohl litauische als auch lettische Konferenzteilnehmer hatten sich den Ausführungen Polens angeschlossen und diese Forderungen unterstützt. Vorausgegangen waren intensive Diskussionen im Resolutionsausschuss, der die diesbezüglichen Anträge Polens mehrheitlich abgelehnt hatte.

Anlage
(nichtamtliche Übersetzung)



Konferenz-Resolution

angenommen durch die 17. Ostseeparlamentarierkonferenz

Die Teilnehmer der Konferenz*, gewählte Repräsentanten aus den Ostseestaaten, die sich vom 31. August - 2. September 2008 in Visby, Schweden versammelten,

um die Zusammenarbeit in der Ostseeregion, Klimawandel und Energieeffizienz, Energieversorgung und Versorgungssicherheit, Eutrophierung, maritime Politik und den Ostseeaktionsplan sowie Arbeitsmarktfragen und soziale Angelegenheiten zu erörtern,

wiederholen noch einmal ihre tiefe gemeinsame Besorgnis über den Zustand der terrestrischen Umwelt und der Meeresumwelt in der Ostseeregion und begrüßen den HELCOM-Ostseeaktionsplan als zentrales Instrument für die Wiederherstellung eines guten Zustands der Umwelt der Ostsee bis zum Jahr 2021,

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. die Entwicklung einer EU-Strategie für den Ostseeraum in Betracht zu ziehen und sicherzustellen, dass diese Strategie mit den bestehenden Kooperationsformen in der Region, nämlich dem Ostseerat und der neuen Politik der Nördlichen Dimension, abgestimmt wird, u. a. durch Maßnahmen zur Stärkung des Dialogs und der Koordinierung mit parlamentarischen Organisationen und Parlamentariern aus dem Ostseeraum;
2. die Koordinierung der Aktivitäten zwischenstaatlicher Akteure und anderer Interessenvertreter im Sinne einer umwelt- und finanzpolitischen Effizienz im Ostseeraum zu fördern und dabei die Entwicklung einer Arbeits- und Aufgabenteilung entsprechend den jeweiligen Zielen und Kompetenzen zu begünstigen;
3. die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen in der Ostseeregion zu unterstützen, zu erleichtern und zu beachten, vor allem hinsichtlich der Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für Fragen der Umwelt, des Klimawandels, des Arbeitsmarktes und sozialer Angelegenheiten, sowie für andere relevante Themen;

im Hinblick auf den Klimawandel und Energiefragen in der Ostseeregion

4. sich bei der Entwicklung von Strategien vor der 14. Vertragsstaatenkonferenz 2008 in Posen und der 15. Vertragsstaatenkonferenz 2009 in Kopenhagen abzustimmen und zusammenzuarbeiten, um dafür zu sorgen, dass von der Ostseeregion ehrgeizige Maßnahmen zur Minderung der vom Menschen verursachten CO₂-Emissionen gemeinsam unterstützt werden, indem
 - sie eine signifikante Reduzierung der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 empfehlen, so wie sie von der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Annex-1-Länder gemäß dem Kyoto-Protokoll auf der 13. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention auf Bali beschlossen wurde und
 - sie den Empfehlungen des Rates der Europäischen Union zur Erreichung einer signifikanten Reduzierung der Emissionen bis zum Jahr 2050 im Vergleich zu 1990 Folge leisten;
5. enger zusammenzuarbeiten, um die Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels zu verringern, die Fähigkeit zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu verbessern und die Fähigkeit zur Verhinderung und Bewältigung der negativen Folgen des Klimawandels (wie z. B. Naturkatastrophen und technisch bedingte Zwischenfälle) zu verbessern;
6. die Fähigkeit zur Unterstützung und Koordinierung der regionalen Energie-Kooperation im Ostseeraum bei der Entwicklung eines integrierten und optimierten regionalen Ansatzes zur Lösung der Energieprobleme in der Ostseeregion unter Berücksichtigung der verschiedenen Energie-Mix-Regelungen in den einzelnen Ländern der Region und der Möglichkeiten zur Entwicklung grenzüberschreitender Stromnetzverbindungen zu stärken;
7. den Bau und die stärkere Nutzung von Windkraftanlagen auf dem Festland und vor der Küste zu unterstützen, sowie die Investitionen für den Auf- und Ausbau neuer Drehstromversorgungsnetze zu erhöhen und die Entwicklung eines europäischen Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungsnetzes zu fördern, um den Netzverbund in Europa zu verbessern;
8. die Schaffung eines Systems für den kombinierten Verkehr im Ostseeraum zu fördern, um Energie zu sparen und den Ostseeraum zu einer Modellregion in Europa zu machen;
9. Projekte zur Übertragung von Energie und Energieträgern zu unterstützen, mit denen die Umweltbelastungen für die Ostsee und die Störung der Umwelt minimiert sowie die Versorgungssicherheit erhöht werden kann, ohne die Sicherheit eines oder mehrerer Staaten in der Ostseeregion zu beeinträchtigen;
10. effektivere Maßnahmen zur Entwicklung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparungen in allen Bereichen in der Ostseeregion z. B. durch Technologie-Transfer, Forschung und Entwicklung sowie berufliche Bildung zu fördern und gleichzeitig Initiativen zur Nutzung der positiven Potenziale umweltfreundlicher Technologien in Bezug auf Forschung, Beschäftigung und Wirtschaftsentwicklung zu ergreifen;

im Hinblick auf den Ostseeaktionsplan und die integrierte Meerespolitik

11. sich voll und ganz für die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans und die Arbeit der Gruppe zur Umsetzung des Ostseeaktionsplans einzusetzen, z. B. durch uneingeschränkte Einhaltung der Ziele für die Reduktion von Nährstoffen in jeder Teilregion der Ostsee sowie durch die Ausarbeitung nationaler Aktionsprogramme, die spätestens auf der HELCOM-Ministertagung 2010 berücksichtigt werden sollten;
12. gemäß den Empfehlungen der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz und der BSPC-Arbeitsgruppe Eutrophierung aktiv Maßnahmen gegen die Eutrophierung zu ergreifen, z. B. durch die Förderung von Forschung und konkreten Maßnahmen zur Bindung und Reduzierung von Phosphor in der Ostsee, sowie durch den Bau neuer Kläranlagen, die Förderung des Einsatzes phosphatfreier Waschmittel und die Minderung von Emissionen aus den Bereichen Landwirtschaft, Verkehr, Gewerbe und Haushalte;
13. konkrete Schritte zu ergreifen, um die Ostseeregion zur maritimen Modellregion Europas zu entwickeln, wobei die Meerespolitik als Teil eines umfassenderen Rahmens aus nachhaltiger Entwicklung, Umweltbelangen, Raumplanung und Sicherheit auf See sowie Intermodalität im Einklang mit der Meerespolitik der IMO (Seerecht) und der EU zu sehen ist;
14. die globalen Regelungen zur Sicherheit und zum Schutz der Meeresumwelt weiter zu unterstützen, um dadurch sicherzustellen, dass alle Schiffe, welche die Ostsee befahren, unabhängig von ihrer Flagge die gleichen hohen Sicherheits- und Umweltstandards erfüllen;
15. sicherzustellen, dass alle Staaten der Ostseeregion fortlaufend auf die Ratifizierung, sowie die wirksame Umsetzung und Durchsetzung bestehender IMO-Instrumente hinarbeiten;
16. die Schaffung eines IMO-Regelwerks - vorzugsweise schon im Jahr 2008 - zu unterstützen, mit dem ehrgeizige und verbindliche Regelungen zur Reduzierung der gesamten globalen CO₂-Emissionen von Schiffen eingeführt werden sollen;
17. angesichts der u. a. starken Zunahme von Öltransporten auf der Ostsee und der strengen winterlichen Witterungsbedingungen besonders im nördlichen Teil der Ostsee weiterhin konkrete und wirksame Schritte im Rahmen der IMO zu ergreifen, um für verbindliche Regelungen zur Sicherheit für die Schifffahrt und das Personal zu sorgen;
18. die Harmonisierung von Verkehrsleitdiensten (Vessel Traffic Services - VTS) in der gesamten Ostseeregion, sowie ein Programm für die sukzessive Entwicklung und Einführung eines satellitengestützten Systems zur Überwachung der Emissionen von Schiffen zu unterstützen;
19. die schrittweise Entwicklung einer landgestützten Stromversorgung für Fracht- und Passagierschiffe in Häfen im Hinblick auf die internationale Entwicklung zu unterstützen;

im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und soziale Angelegenheiten

20. faire, klare und zugängliche Spielregeln für die Mobilität von Arbeitskräften, die Niederlassung von Unternehmen und die Erbringung von Dienstleistungen festzulegen, z. B. indem in Bezug auf die in den einzelnen Ländern geltenden Regeln und Vorschriften Transparenz geschaffen wird und indem das bereits bestehende Netz von Informationszentren in die nördlichen und östlichen Bereiche der Ostseeregion ausgeweitet wird;
21. die Zusammenarbeit im Bereich von Bildung und Wissenschaft für eine nachhaltige Entwicklung als Mittel zur weiteren Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion weiter auszubauen;
22. weiter eine aktive Politik zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, zur Harmonisierung der Berufsbildungsmaßnahmen und zur Stärkung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern zu betreiben;

Ferner

23. weiß es die Ostseeparlamentarierkonferenz zu schätzen, dass die Regierungschefs auf dem 7. Gipfel der Ostseestaaten am 4. Juni 2008 in Riga den engen und regelmäßigen Dialog zwischen dem Ostseerat und der Ostseeparlamentarierkonferenz, die vertiefte Zusammenarbeit und die Bedeutung einer Fortsetzung dieser Zusammenarbeit anerkannt haben;
24. begrüßt und unterstützt die Ostseeparlamentarierkonferenz den Text der Erklärung zur Reform des Ostseerates, in dem die Prioritäten der regionalen Zusammenarbeit im Ostseeraum dargelegt werden;
25. befürwortet die Ostseeparlamentarierkonferenz, dass die neuen langfristigen Prioritäten für die Zusammenarbeit im Rahmen des Ostseerates auch während der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz berücksichtigt werden;
26. nimmt die Ostseeparlamentarierkonferenz mit Befriedigung den positiven Prozess des Dialogs und des Informationsaustauschs mit dem Ostseerat zur Kenntnis, sieht einer weiteren beiderseitigen Entwicklung des Dialogs mit Freude entgegen und ermutigt die Regierungen des Ostseerates, über den Ostseerat einen jährlichen Bericht zur Umsetzung der Resolutionen der Ostseeparlamentarierkonferenz vorzulegen;
27. bittet die Ostseeparlamentarierkonferenz den Ständigen Ausschuss, die Strukturen und Arbeitsmethoden der Ostseeparlamentarierkonferenz auf der Grundlage von Überlegungen, die im Rahmen des Erweiterten Ständigen Ausschusses angestellt wurden, zu überprüfen und zu bewerten, und der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz 2009 darüber Bericht zu erstatten;

28. begrüßt die Ostseeparlamentarierkonferenz dankbar die freundliche Einladung des dänischen Parlaments, die 18. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 31. August - 1. September 2009 in Dänemark abzuhalten.

* Parlamente der Freien Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Hamburg, Islands, Lettlands, der Region Leningrad, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, der Region Murmansk, Norwegens, Polens, Föderationsrat der Bundesversammlung der Russischen Föderation, Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, Parlamente der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln, Baltische Versammlung, Nordischer Rat, Parlamentarische Versammlung des Europarats, Parlamentarische Versammlung Nordwest-Russlands.



Conference Resolution

Adopted by the 17th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The participants*, elected representatives from the Baltic Sea States, assembling in Visby, Sweden, 31 August – 2 September 2008,

discussing Co-operation in the Baltic Sea Region, Climate Change and Energy Efficiency, Energy Supply and Security, Eutrophication, Maritime Policy and the Baltic Sea Action Plan, and Labour Market and Social Affairs,

reiterating their profound and shared concern about the state of the terrestrial and marine environment in the Baltic Sea region, and welcoming the HELCOM Baltic Sea Action Plan as a central tool for restoring a good environmental status of the Baltic Sea by 2021,

call on the governments in the Baltic Sea Region, the CBSS and the EU,

Regarding Co-operation in the Region, to

1. take into account the development of a EU Strategy for the Baltic Sea Region and ensure its coordination with the existing formats of cooperation in the region, namely the CBSS and the new Northern Dimension policy, including measures to strengthen dialogue and coordination with parliamentary organizations and parliamentarians of the Baltic Sea Region;
2. promote coordination between intergovernmental actors and other stakeholders in the Baltic Sea Region, for the sake of environmental and fiscal efficiency, encouraging the evolution of a division of labour and responsibilities in accordance with their respective objectives and competencies;
3. support, facilitate and heed the work of NGOs in the Baltic Sea Region, especially concerning public awareness raising on environment, climate change, labour market and social affairs, as well as other relevant issues;

Regarding Climate Change and Energy Issues in the Baltic Sea Region, to

4. coordinate and cooperate on strategies before the COP-14 in 2008 (Poznan) and COP-15 in 2009 (Copenhagen) in order to provide consolidated support from the Baltic Sea Region to ambitious measures for the mitigation of man-made CO₂ emissions, by recommending:
 - a significant reduction of CO₂ emission in 2020, as concluded by the *ad hoc* working group of the Annex-1 countries under the Kyoto Protocol at the COP-13 session in Bali, and
 - fulfil recommendations of the Council of the European Union to achieve a significant emission reduction by 2050 compared to 1990;
5. extend cooperation to reduce the vulnerability and improve the adaptability to the consequences of climate change, as well as to the enhancement of the capacity to prevent and manage adverse consequences of climate change (such as natural hazards and technological accidents);
6. strengthen the capacity to support and coordinate Baltic Sea regional energy cooperation in developing an integrated and optimized regional approach to the energy issues in the Baltic Sea Region, taking into account the various energy mixes of the countries in the Region and the possibilities for developing cross-border power links;
7. support the construction and greater use of land-based and offshore wind power, as well as increase the investments in the construction and upgrading of new three-phase supply networks, and promote the development of a European ultra-high voltage DC transmission network in order to enhance interconnectivity within Europe;
8. promote the establishment of an inter-modal transport system in the Baltic Sea Region to save energy and make the Region a model region in Europe;
9. support transport projects of energy and energy carriers that minimize environmental threats to the Baltic Sea and intrusion on its environment, and which increase the level of the security of supplies, without diminishing security of one or more states in the Baltic Sea Region;
10. promote - by means of e.g. technology transfer, research and development, and vocational training - more effective actions to develop renewable energy, energy efficiency and energy savings in all sectors in the Baltic Sea Region, while taking initiatives to exploit the positive research, job and business potentials of environmentally friendly technologies;

Regarding the Baltic Sea Action Plan and the Integrated Maritime Policy, to

11. fully commit themselves to the implementation of the HELCOM Baltic Sea Action Plan (BSAP) and the work of the BSAP Implementation Group, for instance by unreserved compliance of the nutrient reduction objectives in each sub-region of the Baltic Sea, and developing national programmes of action to be considered by the HELCOM Ministerial meeting in 2010 at the latest;
12. take active measures against eutrophication, in accordance with the recommendations of the 16th BSPC and the BSPC Working Group on Eutrophication, for instance by promoting research and concrete measures to bind and reduce phosphorous in the Baltic Sea, and by building new sewage plants, fostering the use of phosphate-free detergents and reducing emissions from agriculture, transport, industry and households;
13. take concrete steps to develop the Baltic Sea Region into Europe's model maritime region, recognizing that maritime policy must be seen within an overarching framework of sustainable development, environment, marine spatial planning, safety at sea and intermodality, according to IMO (Law of the Sea) and EU maritime policies;
14. continue to support global regulation with regard to safety and marine environmental protection, thereby ensuring that all ships that sail through the Baltic Sea comply with the same high level of safety and environmental standards, irrespective of flag;
15. ensure that all States of the Baltic Sea Region are continuously committed to the ratification, effective implementation and enforcement of existing IMO instruments;
16. support the establishment of an IMO regulatory framework, preferably already in 2008, for an ambitious and binding regulation for the reduction of total global CO₂-emissions from ships;
17. take continued concrete and effective steps within the framework of IMO to ensure binding regulations for maritime safety, safety of navigation and security, considering among other things the rapidly increasing number of oil transports in the Baltic Sea and the severe winter conditions especially in the northern parts of the Baltic Sea;
18. support the harmonisation of Vessel Traffic Services (VTS) procedures throughout the Baltic Sea region, a programme for the gradual development and introduction of a satellite-based, emission-related monitoring system for ships;
19. support the stepwise development of land-based electricity supply for cargo and passenger ships in harbours regarding the international development;

Regarding Labour Market and Social Affairs, to

20. establish fair, clear and accessible ground rules for labour mobility and business establishment and provision of services, for instance by securing transparency regarding rules and regulations in various countries and by expanding the already existing network of info-centers in the northern and eastern parts of the Baltic Sea Region;
21. further develop the cooperation in the field of education and science for sustainable development as a means of further boosting the competitiveness of the Baltic Sea Region;
22. continue to pursue an active policy against youth unemployment, for harmonization of vocational training programmes, and for strengthening the dialogue between social partners;

Furthermore the Conference

23. appreciates the acknowledgement, made by the Heads of Government at the 7th Baltic Sea States Summit in Riga 4 June 2008, of a close and regular dialogue between CBSS and BSPC, of a deepened cooperation, and of the importance of its continuation;
24. welcomes and supports the text of the Declaration on the reform of the CBSS, elaborating the priorities of regional cooperation in the Baltic Sea area;
25. advocates that the new, long-term priorities of cooperation in the framework of the CBSS also be taken into consideration during the 18th Baltic Sea Parliamentary Conference;
26. acknowledges the positive process of dialogue and information exchange with CBSS, looks forward to a further and mutual development of this dialogue, and encourages the governments of the CBSS to present, through the CBSS, an annual report of their implementation of the BSPC resolutions;
27. asks the Standing Committee to carry out a review and assessment of the structures and working methods of the BSPC, based on considerations within the BSPC Extended Standing Committee, and to report to the 18th BSPC in 2009;
28. welcomes with gratitude the kind invitation of the Danish Parliament to host the 18th Baltic Sea Parliamentary Conference in Denmark 31 August - 1 September 2009.

* Parliaments of Free Hanseatic City of Bremen, Denmark, Estonia, Finland, Federal Republic of Germany, Free and Hanseatic City of Hamburg, Iceland, Latvia, Leningrad Region, Lithuania, Mecklenburg-Vorpommern, Murmansk, Norway, Poland, Council of Federation of the Federal Assembly of the Russian Federation, State Duma of the Federal Assembly of the Russian Federation, City of St. Petersburg, Schleswig-Holstein, Sweden, Åland Islands, Baltic Assembly, Nordic Council, Parliamentary Assembly of the Council of Europe, Parliamentary Assembly of North-West Russia.